

Redaction:  
Dresden,  
in der Expedi-  
tion, N. Meißn.  
Post Nr. 8.  
zu haben.

# Sächsische Vorzeitung.

Preis:  
vierteljährlich  
1 1/2 Rgr. Zu  
bezahlen durch  
alle sog. Post-  
Anstalten.

Ein unterhaltendes Wochenblatt für den Bürger und Landmann.

Redacteur und Verleger: Friedrich Walther.

## Politische Weltschau.

**Deutschland.** Der bei Eröffnung des in Frankfurt a. M. zusammengesetzten Fürstentags gefasste Beschluss, den König von Preußen durch ein Collectivschreiben nochmals zur Theilnahme an den Berathungen der versammelten Bundesfürsten einzuladen, hielt seit Mitte voriger Woche alle Welt in Spannung, denn es war noch immer nicht alle Hoffnung aufgegeben, daß der König Friedrich Wilhelm der an ihn gerichteten gemeinsamen dringenden Bitte entsprechen werde. Diese Hoffnung ist leider nicht in Erfüllung gegangen. Der König von Sachsen, welcher die schwierige Aufgabe der Vermittelung übernommen, reiste, wie bereits erwähnt, am 19. August Vormittags in Begleitung des Staatsministers v. Beust nach Baden-Baden ab und langte dort noch einige Stunden früher an, ehe Abends die Ankunft des von Wildbad kommenden Königs von Preußen erfolgte. König Johann überreichte dem Könige Friedrich Wilhelm das nachfolgende, von sämmtlichen in Frankfurt versammelten Fürsten, sowie von den Mandatträgern der freien Städte eigenhändig unterzeichnete Schreiben:

Allerdurchlauchtigster großmächtigster Fürst! Die auf Einladung Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich zur Berathung einer Bundesreform alhier versammelten deutschen Fürsten und freien Städte haben es schmerzlich empfunden, Ew. Maj. nicht in ihrer Mitte zu sehen. Nach Kenntnißnahme der von Sr. Maj. dem Kaiser und mitgetheilten Vorschläge haben wir in denselben allseitig eine geeignete Grundlage für unsere Verhandlungen erkannt, deren Resultat wir Ew. Maj. jedenfalls zur allerhöchstherrlichen bundesverfassungsmäßigen Zustimmung vorlegen würden. Wir hegen aber den lebhaftesten Wunsch, daß Ew. Maj., welche berufen sind, in so hervorragender Weise an dem Erlolge unserer Bemühungen theilzuhaben, auch schon an unsern Berathungen sich betheiligen möchten, damit das große Werk, dessen Nothwendigkeit Ew. Maj. ja selbst anerkannt haben, um so leichter und sicherer zum Ziele geführt werden möge, und wenden uns daher, im Vertrauen auf allerhöchstherrliche bundesfreundlichen Gesinnungen, an Ew. Maj. mit der dringenden Bitte, daß Allerhöchstherrliche noch jetzt in unserer Mitte erscheinen möchten. Der mitunterzeichnete König von Sachsen hat übernommen, Ew. Maj. dieses Schreiben in unser aller Namen zu überbringen und unsern Wunsch noch mündlich Worte zu leihen. Empfangen Ew. Maj. den angelegentlichsten Ausdruck unserer bundesfreundlichen Gesinnungen. — Frankfurt, den 17. Aug. 1863.

Ueber die zwischen beiden Monarchen stattgefundenen Besprechungen ist natürlich nichts Verlässliches bekannt geworden; doch versichern einige Blätter, daß König Wilhelm auch diesmal, wie in Gastein, in seinen Entschlüssen geschwankt habe, bis der Einfluß des Herrn v. Bismarck schließlich den Sieg davon trug. Der König von Sachsen reiste am 21. August früh von Baden-Baden nach Frankfurt zurück und überbrachte die an den Kaiser von Oesterreich gerichtete ablehnende Antwort des Königs Wilhelm. In diesem Antwortschreiben wird nochmals darauf hingewiesen, daß nach der Ueberzeugung des preussischen Monarchen das Werk zeitgemäßer Verbesserungen der Bundesverfassung nicht ohne eingehende Vorarbeiten mit einer Zusammenkunft der Souveräne begonnen werden könne, wenn der beabsichtigte Erfolg erreicht werden solle. Bei dieser Ueberzeugung müsse der König um so mehr beharren, als er bis jetzt noch keine amtliche Mittheilung der österreichischen Anträge erhalten und das, was er auf anderem Wege darüber vernommen, ihn nur in der Meinung bestärkt habe, seine Entschliessung erst dann festzustellen, wenn die vorgeschlagenen Abänderungen der Bundesverfassung in ihrem Verhältnisse zu der berechtigten Machtstellung Preußens und den Interessen der Nation durch die Räte der Krone ein-  
fünfundzwanzigster Jahrgang. III. Quartal.

gehend geprüft sein werden. Vor einer solchen Prüfung der einschlagenden Fragen könne der König eine bindende Erklärung gegen seine Bundesgenossen nicht abgeben und ohne solche würde seine Theilnahme an den Berathungen des Fürstentags nicht ausführbar sein. Schließlich ertheilt der König die Versicherung, daß er trotz obiger Erwägung sich nicht abhalten lassen werde, jede ihm von seinen Bundesgenossen zugehende Mittheilung mit Bereitwilligkeit und Sorgfalt in Erwägung zu ziehen.

In den Berathungen des Fürstentags war mittlerweile eine Pause eingetreten, welche äußerlich durch mehrfache glänzende Festlichkeiten, nebenbei aber durch vertrauliche Zwischenverhandlungen ausgefüllt wurde. Schon tauchten Stimmen auf, welche auf Grund der preussischen Ablehnung eine tiefe Berklüftung in den Meinungen der Fürsten verkündeten und ein Scheitern der ganzen Verhandlungen in sichere Aussicht stellten. Oesterreich behielt indessen sein Ziel fest im Auge und ließ sich durch die abweisende Antwort Preußens nicht beirren. Noch am Freitag Abend wurde seinerseits ein Ausschreiben an die Fürsten erlassen und in demselben zu einer zweiten Versammlung auf Sonnabend, den 22. August, eingeladen, in welcher über das weitere, mit möglichster Beschleunigung einzuleitende Verfahren Berathung gepflogen werden sollte. Die Sitzung fand am genannten Tage statt und wurde durch Vorlesung des ablehnenden Schreibens des Königs von Preußen eröffnet. Von keiner Seite scheint in dieser Ablehnung ein ausreichender Grund zur Aussetzung der Berathungen gefunden worden zu sein. Man verspricht vielmehr zur sofortigen Discussion über die einzelnen Punkte des Reform-Projectes. Das Resultat der Berathung war der österreichischen Vorlage günstig und es gelangten mehrere Artikel derselben zur Annahme. Am Montage, den 24. August, fand die dritte und am 25. August die vierte Conferenz der Fürsten statt und was man über den Verlauf derselben vernimmt, lautet für die Vorlage Oesterreichs günstig. Die wichtigsten Bestimmungen des Entwurfs haben bereits die Zustimmung der erlauchten Versammlung erhalten und man hofft sich über die noch zu erledigenden Punkte in wenigen Tagen zu einigen. Die Details sollen dann in besonderen Ministerconferenzen festgestellt werden. Ueber die Modificationen, welche der österreichische Entwurf durch den Fürstentag erfahren haben soll, laufen verschiedene Angaben um, welche sich in keiner Weise verbürgen lassen, da sich die Verhandlungen bis jetzt vollständig der Deffentlichkeit entziehen. Doch scheint so viel gewiß, daß von einigen Seiten, namentlich von Baden, Abänderungsanträge im liberalen Sinne gestellt worden sind; auch wird versichert, daß selbst der Kaiser von Oesterreich sich gern zu weiteren Zugeständnissen geneigt gezeigt habe, sobald die übrigen Fürsten hierzu die Hand zu bieten bereit sind.

Nach alledem scheint die Annahme des Reform-Projectes vollständig gesichert, und wenn auch damit keinerlei Bürgschaft für die Durchführung desselben gegeben ist, so liegt doch schon in der kundgegebenen Uebereinstimmung der in Frankfurt versammelten Fürsten ein Ereigniß von außerordentlicher Tragweite. Mit dem Fürstentage ist die deutsche Frage wieder auf die Tagesordnung gebracht worden und sie wird diesmal nicht wieder davon entfernt werden können, ohne ihre Lösung gefunden zu haben. Der Reform-Entwurf Oesterreichs wird daher in nächster Zeit noch oft Gegenstand der öffentlichen Discussion sein, und wir halten uns um deswillen verpflichtet, ihn seinem ganzen Umfange